

Von toten Guerilleros und verbrannten Bräuten

Ein Menschenrechtsreport aus Indien

von Rainer Horig

Fünfzig Jahre nach der "Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte" ist die Welt kaum gerechter geworden. Internationale Verträge und Politikerworte liegen oft meilenweit von der Lebenswirklichkeit der Menschen entfernt. So auch in Indien, wo fast ein Fünftel der Menschheit zuhause ist. Zwar funktioniert dort im Gegensatz zu vielen Nachbarländern ein demokratisches Staatswesen. Doch beinahe täglich berichtet die Presse über Verstöße gegen die Menschenrechte aus der einen oder anderen Region des Riesenlandes. In Kashmir (siehe Beitrag in dieser Ausgabe) und in Assam müssen Dorfbewohner ihr Leben lassen im schmutzigen Krieg zwischen Guerilleros und Sicherheitskräften, der mit ethnischen Säuberungen, Folter und willkürlichen Hinrichtungen geführt wird. Zum indischen Alltag gehört auch die Diskriminierung von Frauen. Jungverheiratete werden mitunter von ihren Schwiegereltern geschlagen oder in Brand gesteckt, um Mitgiftzahlungen durchzusetzen. Schuldknechtschaft, Kinderarbeit, Folter und Vertreibung belasten weiterhin die Gesellschaft, die sich aus feudalen Traditionen befreit und in die demokratische Moderne aufbricht.

Rainer Horig, seit zehn Jahren in Indien zuhause, setzt sich in Gesprächen mit Gewaltopfern und Vertriebenen dem Dilemma einer "Einmischung von außen" aus.

Die nachfolgende Reportage basiert auf einem Hörfunk-Feature, das der WDR kürzlich unter dem gleichen Titel ausstrahlte.

"Die Polizisten führten mich in einen dunklen Nebenraum. Ohne Vorwarnung prügeln sie auf mich los, dabei verfluchten sie mich und beleidigten meine Mutter mit Worten, die ich nicht zu wiederholen wage. Ich wurde geohrfeigt, ein Polizist stieß mir immer wieder sein Knie in den Magen, ein anderer schlug mit einer Eisenstange auf mich ein. Nach einer halben Stunde kotzte ich Blut, da hörten sie auf. Bevor ich gehen konnte, nahmen sie mir noch alles Geld ab, das ich bei mir trug."

"In jener Nacht war ich mit Mutter und Schwester allein zuhause. Gegen ein Uhr früh beschossen plötzlich Soldaten unser Haus. Sehen Sie da die Löcher, dort drangen die Kugeln durch die Wand. Eine halbe Stunde lang flößten sie uns Angst und Schrecken ein, dann stürmten sie das Haus und durchsuchten es. Am nächsten Morgen wurde meine Mutter zur Polizeiwache zitiert, um Vater zu identifizieren. Er war tot. Eine riesige Wunde klaffte in seinem Gesicht, in der Schläfe steckte eine Kugel."

"Drei Jahre lang mußte ich in der Teppichknüpferei arbeiten. Die Verpflegung war miserabel, tag und nacht wurden wir Kinder bewacht. Selbst zur Toilette begleitete uns ein Wächter. Eines Tages beschloss ich zu fliehen. Im Morgengrauen wollte ich zur Landstraße rennen und einen Lastwagen anhalten. Aber die Wächter erwischten mich und verprügelten mich nach Strich und Faden. Vor einem Monat erst haben mich Mitarbeiter einer Bürgerinitiative aus der Knechtschaft befreit."

Zeugenaussagen aus einem der größten demokratisch regierten Staaten der Welt. Indien ist zehnmal so groß wie die Bundesrepublik, beherbergt fast eine Milliarde Menschen. Das Land unterhält die viertgrößte Armee der Welt, schickt sich nun auch an, strategische Atomwaffen zu bauen. Indien gehört zu den großen Wirtschaftsnationen. Sie produziert Computer, Flugzeuge und Weltraumsatelliten. Aber dennoch müssen etwa 40 Prozent der Bevölkerung unterhalb der offiziellen Armutsgrenze leben. Zwei Drittel aller Kleinkinder sind unterernährt. Nur die Hälfte aller Inderinnen

und Inder kann lesen und schreiben.

Indien. Ein Land voller Rätsel und Widersprüche. Es erstreckt sich von den eisigen Höhen des Himalaya über Sumpfwälder, Wüsten und Steppen bis zur tropischen Palmenküsten am indischen Ozean. In der Weite dieses Subkontinents siedeln 4.635 verschiedene Kasten, Stammesvölker und Religionsgemeinschaften, die weit über einhundert verschiedene Sprachen sprechen. Westlicher Luxus koexistiert mit bäuerlicher Subsistenzwirtschaft und uralten Nomadenkulturen.

Indien, ein Land mit riesigen Problemen: Das rasche Wachstum der Bevölkerung frißt jeden wirtschaftlichen Fortschritt sogleich wieder auf, und eine Beschleunigung des Wirtschaftswachstums wird durch die Massenarmut verhindert. Die alltägliche Korruption zermürbt jeden politischen Gestaltungswillen. Der allgegenwärtige Mangel verführt zum Raubbau an der Natur, und der bedroht die Lebensgrundlagen aller, besonders die der Armen.

Gut 50 Jahre nach der Befreiung aus britischer Kolonialherrschaft ist die Demokratie in Indien fest etabliert. Die indische Verfassung garantiert die Rechte aller Bürgerinnen und Bürger, sie steht darin den Grundgesetzen europäischer Staaten in nichts nach. Aber viele ihrer Postulate kollidieren mit uralten Bräuchen und Denkmustern. Feudalistisches Machotum behindert beispielsweise die Gleichberechtigung von Frauen. Das Kastensystem teilt die Gesellschaft in streng getrennte Berufs- und Verwandtschaftsgruppen ein, sanktioniert also soziale und wirtschaftliche Ungleichheit. Was bedeutet unter diesen Umständen der Schutz von Menschenrechten?

Die vor 50 Jahren definierten Menschenrechte wurzeln in den Werten der europäischen Aufklärung - Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit. Sind sie schon deshalb Werkzeuge postkolonialistischer Ausbeuter, wie viele asiatische Politiker behaupten? Auch im alten Indien waren die Menschen nicht rechtlos. Namen wie Gautama Buddha und Mahatma Gandhi stehen für ein Ethos, das von tiefem Respekt für die menschliche

Person und ihre Freiheiten zeugt. Aber seit jeher genießen Angehörige der höheren Kasten mehr Rechte als die anderen. Aus indischer Perspektive sind die Menschenrechte eben relativ, meint der Schriftsteller und Journalist Khushwant Singh. Der 83jährige ist einer der dienstältesten und profiliertesten Autoren des Landes. Er genießt Hochachtung in allen Schichten der Bevölkerung, weil er kein Blatt vor den Mund nimmt und stets eine unabhängige Meinung vertritt. Einige seiner Werke sind auch auf Deutsch erschienen. "Wir pflegen noch heute viele alte Bräuche wie die Großfamilie, religiöse Tabus und Kastenschränken. (...) Das wird als Teil des Lebens akzeptiert. (...) Die meisten Menschen nehmen gar nicht wahr, daß ihnen dadurch etwas

vorenthalten wird. (...) Erst der Einfluß westlichen Gedankengutes, das besonders im Bildungsbürgertum verbreitet ist, führte zur Rebellion gegen überkommene Bräuche. Aber 90 Prozent der Bevölkerung respektieren immer noch die alten Werte und Autoritäten. Man soll sich also davor hüten, die Menschenrechte hier in Indien mit westlichen Maßstäben zu beurteilen", meint der Schriftsteller.

Unberechtigte Einmischung von Außen

Als die ehemalige Regierungschefin Indira Gandhi 1975 den Notstand ausrief und im ganzen Land Oppositionelle verhaften ließ, entstanden die ersten Bürger-

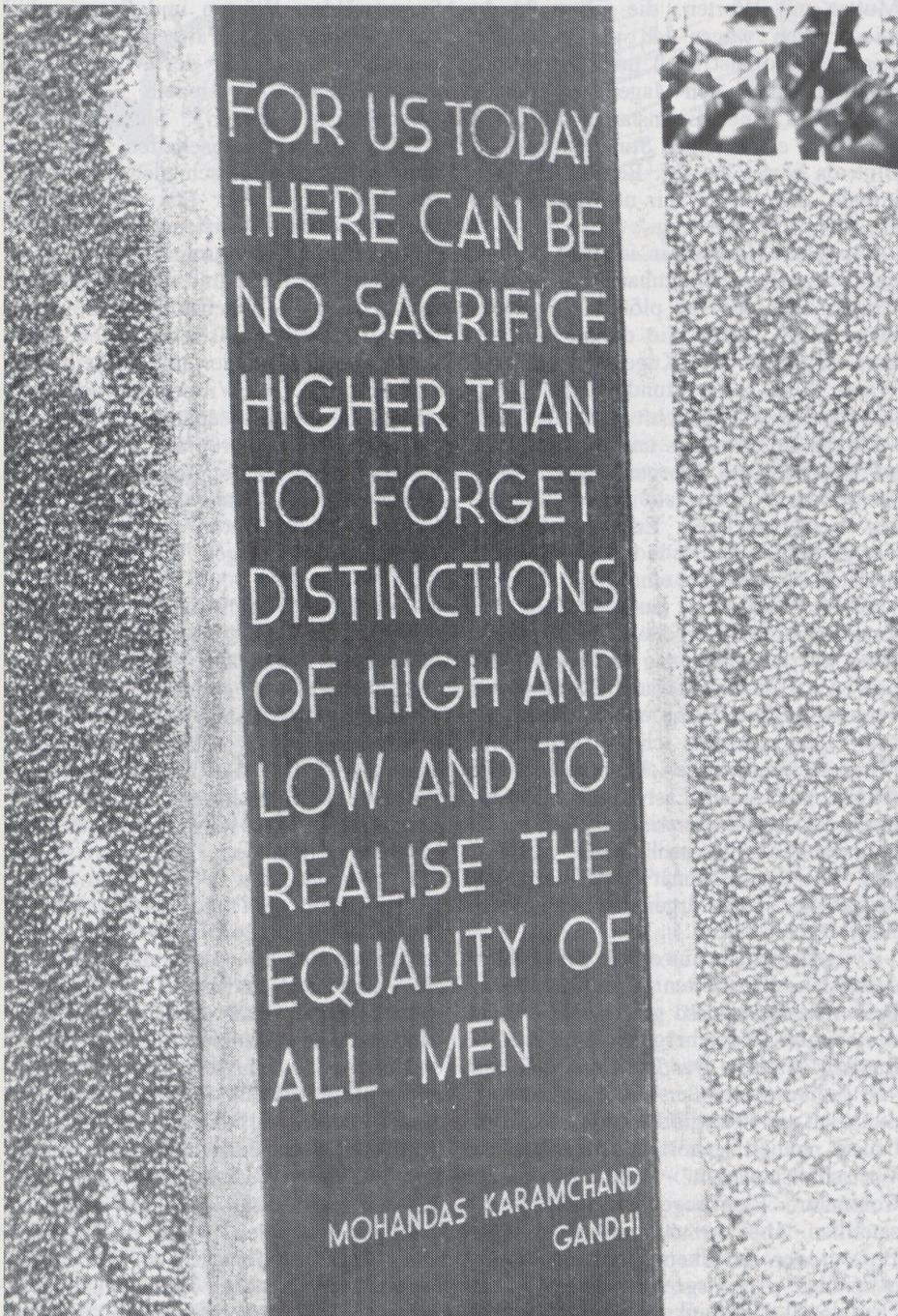
initiativen für Menschenrechte. Sie waren zunächst mit der Verteidigung politischer Gefangener beschäftigt, später mischten sie sich auch in die Politik ein. Viele Gruppen stehen politischen Parteien nahe, manche arbeiten eng mit militanten Untergrundorganisationen zusammen. Daher werden die Menschenrechte häufig nur als ein Werkzeug der Politik wahrgenommen.

Folgerichtig wies die Regierung einen 1992 veröffentlichten Bericht von 'amnesty international' zurück, der erstmals systematisch die Menschenrechtssituation in Indien untersuchte. "Westliche Propaganda, unzulässige Einmischung," hieß es dazu in Delhi. Anträge ausländischer Menschenrechtsorganisationen, eigene Recherchen vor Ort durchzuführen, wurden stets abgelehnt.

Doch inzwischen wurde Indien von der Globalisierung erfaßt. Äußere Einflüsse gelten nun nicht mehr grundsätzlich als Teufelszeug. Die Regierung hat gelernt, mit Menschenrechtskritikern umzugehen. Sie richtete eine 'Nationale Menschenrechtskommission' ein, die Beschwerden zwar untersuchen, aber nicht ahnden kann. In Polizei- und Armeekasernen gehören Menschenrechtsfragen inzwischen zur Ausbildung, auch an Schulen sollen entsprechende Kurse eingerichtet werden. Aber immer noch schrillen in New Delhi die Alarmglocken, wenn ausländische Regierungen oder Bürgerinitiativen die Menschenrechte in Indien zur Sprache bringen. Ravi Nair vom 'Südasiatischen Dokumentationszentrum für Menschenrechte' in New Delhi findet das falsch: "Wir sagen schon immer, daß internationale Kontrolle ein unverzichtbarer Teil der Rechenschaftspflicht im demokratischen System darstellt. Unter keinen Umständen kann man dies als Einmischung abstempeln. Indien selbst hat eine hervorragende Bilanz vorzuweisen. Unser Land hat beispielsweise schon während der Gründungsversammlung der Vereinten Nationen 1945 die Apartheid in Südafrika kritisiert. Darauf können wir stolz sein!"

Prostitution und der Yellamma Kult

Bombay, Indiens Glitzermetropole. Flächenmäßig nicht größer als Berlin, aber mit rund 15 Millionen Einwohnern. Bankhäuser, Konzernzentralen und der Hafen machen Bombay, heute Mumbai genannt, zum Handels- und Finanzzentrum für ganz Südasien. Hier verpackt die indische Filmindustrie Illusionen vom guten Leben in schmalzige Zelluloid-Liebesgeschichten. Die aus diesen Streifen ausgekoppelten Hindi-Popsongs sprudeln aus den Lautsprechern im ganzen Land und halten das Volk bei Laune. Mumbais Schattenseiten: Die Hälfte der



Leider treffen die Worte Gandhis nicht mehr die Realität im heutigen Indien (Alle Fotos: Walter Keller)



Proteste gegen das Massaker an Dalits Ende Januar in Patna (Foto: Sanjay Kumar)

Einwohner muß in Slumhütten hausen. Auto- und Fabrikabgase machen das Atmen vielerorts zum Gesundheitsrisiko. Telefonverbindungen, Strom- und Wasserversorgung brechen häufig zusammen. Und der Moloch Mumbai wächst immer noch weiter.

Kamathipuram heißt der Sündenpfuhl der Stadt. Abends halten dort grell geschminkte Frauen unter roten Laternen Ausschau nach einem Freier. Am Ende eines fensterlosen Raumes mit einer nackten Glühbirne hockt Sushila, eine von etwa 70.000 Sexarbeiterinnen. Sie verkauft ihren Körper für den Wert einer Schachtel Zigaretten an Lastwagenfahrer und Geschäftsreisende, an Seefahrer und Straßengänger. Sushila deutet auf das Bett nebenan. Es ist von Vorhängen verborgen, denn eine Kollegin schafft gerade an. Seit zehn Jahren sei sie nun im Geschäft, berichtet Sushila. Im Alter von 12 hätten ihre Eltern sie an einen Zuhälter verkauft. Ob sie denn nie ans Ausreißen denkt? "Ausreißen wohin? Meine Eltern haben mich hierher geschickt, und sie haben von einem Zuhälter viel Geld kassiert. Diesen Vorschuß muß ich nun abarbeiten. Und wenn ich ausreißen würde, hätte ich denn allein eine Chance in Bombay? Im Dorf meiner Eltern ist das Leben noch viel elender."

Trost findet Sushila bei einer anderen Frau, stark und rein. Aus dem dunklen Vorratsraum strahlt das keusche Antlitz der Hindu-Göttin Yellamma. Dort steht ein einfacher Gemüsekorb, der eine mit grünem Stoff umschlagene Büste enthält. Das Gesicht der Göttin ist durch eine in Silber geprägte Maske dargestellt. Sie trägt Ketten aus Muscheln, Holzperlen und Silberkugeln. Hinter ihrem Haupt öffnet sich ein Rad aus Pfauenfedern wie ein Heiligenschein. Wer Yellamma wirklich kennenlernen wolle, der müsse auf die Wallfahrt nach Saundatti gehen, rät Sushila. Dort sei sie vor zwölf Jahren

zur "Devadasi", zur Gottesdienerin geweiht worden.

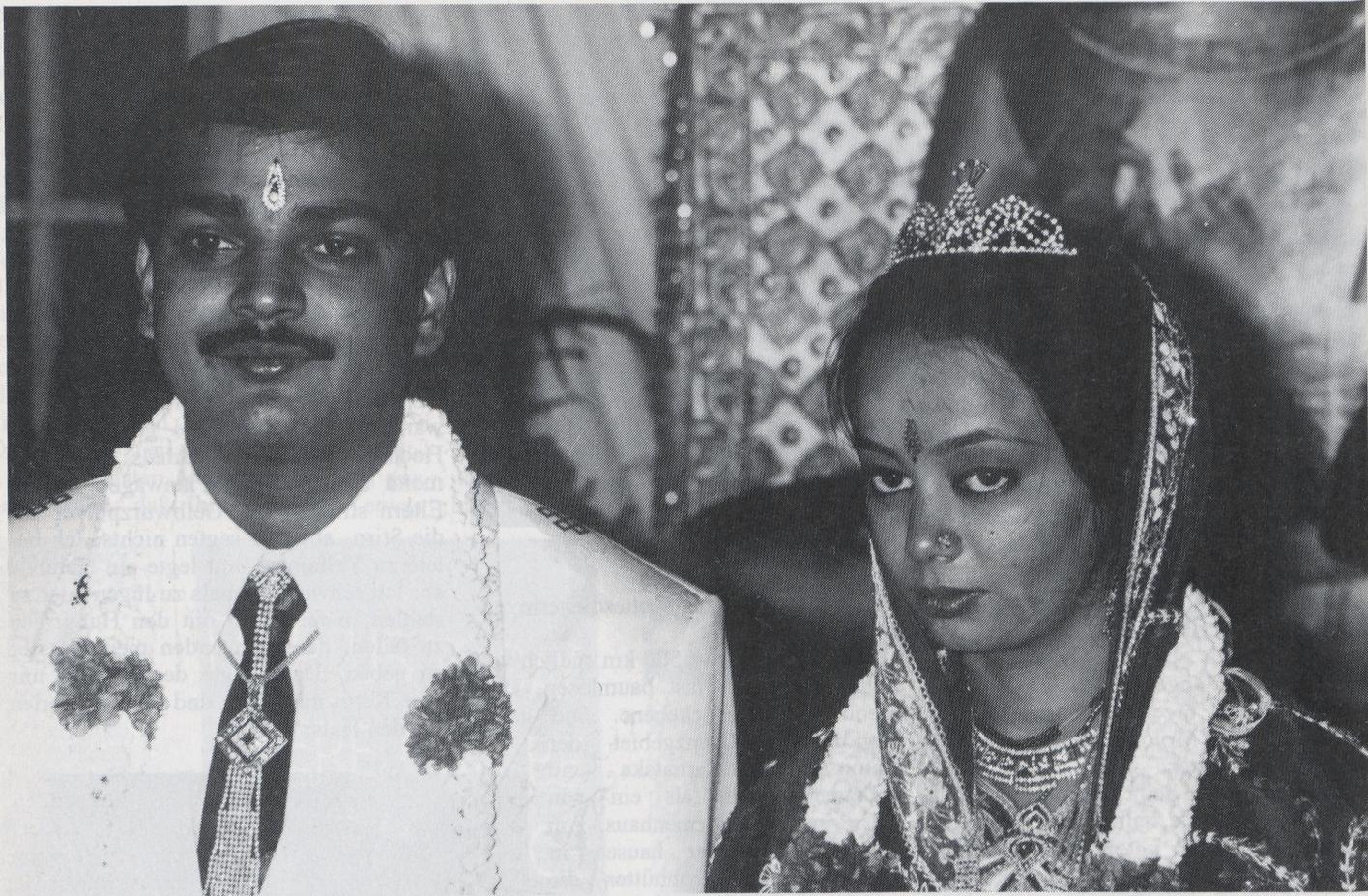
Saundatti liegt etwa 500 km südlich von Bombay in einer fast baumlosen, knochentrockenen Hochebene. Die ganze Region im Grenzgebiet der Unionsstaaten Karnataka und Maharashtra gilt als ein von Dürre geplagtes Armenhaus. Am Rande der Dörfer hausen in lehmverputzten Strohütten die sogenannten Unberührbaren, die sich selbst als "Dalits", die Gebrochenen, bezeichnen. Früher durften sie keinen Tempel betreten, keinen Kastenhindu berühren, nicht aus öffentlichen Brunnen schöpfen. Ohne Landbesitz sind die meisten Dalits von Grundherren abhängig, deren Felder sie bestellen, deren Vieh sie hüten. In diesem Millieu wuchs die Sexarbeiterin Sushila auf. Ihre Eltern waren zu arm, um sie zur Schule schicken zu können. Tagaus tagein mußte Sushila Wasser holen, Töpfe schrubben und bei der Feldarbeit helfen.

Vor den Toren des großen Yellamma-Tempels im Zentrum des Ortes herrscht ein fröhliches Chaos. Aus allen Himmelsrichtungen treffen Prozessionszüge ein. Die Kakophonie der Musiker, der bittersüße Geruch der Gelbwurze, Hitze und Schweiß mischen sich zu einer Droge, die die ekstatische Erwartung der Gläubigen noch steigert. "Udoh, udoh!" rufen sie und werfen Hände voller Gelbwurzpulver in die Luft. Aber erst nach Stunden des Wartens können die Pilger in die großen weißen Augen der Yellamma-Statue blicken, die sich im Allerheiligsten als menschen-

große, mit Goldschmuck überladene Büste präsentiert. Doch es bleibt kaum Zeit für ein Opfer, denn nervöse Polizisten fordern barsch zum Weitergehen auf. Vielleicht wollen sie verhindern, daß hier wie noch vor zwanzig Jahren Weihen gefeiert werden, durch die junge Mädchen mit der Gottheit vermählt wurden? Wie bei einer Hinduhochzeit knetete damals ein Priester den Sari des Mädchens mit dem Gewand der Göttin zusammen. Heute sind diese Rituale verboten, aber sie finden nachts zwischen alten Bäumen und Planwagen immer noch statt. Sushila erinnert sich: "Es war eigentlich wie eine ganz normale Hochzeitszeremonie, damals bei Vollmond zwischen den Planwagen. Meine Eltern strichen mir Gelbwurzpulver auf die Stirn, aber sie sagten nichts. Ich betete zu Yellamma und legte ein Gelübde ab. Ich schwor, niemals zu lügen oder zu stehlen, mein Essen mit den Hungerigen zu teilen, den Dürstenden mein Wasser zu geben. Dann legte der Priester mir eine Kette mit roten und weißen Perlen um den Hals."



Nur kurz nach dem Massaker in Shankarbigha im Bundesstaat Bihar gab es einen weiteren Angriff der 'Ranvir Sena' - einer Armee von Großgrundbesitzern - auf Dalits im Dorf Narayanpur. Bei den Übergriffen auf die beiden Dörfer kamen insgesamt 35 Dalits, darunter Frauen und Kinder, ums Leben (Foto: Sanjay Kumar)



Die Diskriminierung der Mädchen beginnt bereits in der eigenen Familie, mit der Hochzeit setzt sich häufig der Leidensweg fort

Da sie nun mit Yellamma quasi verheiratet sei, erklärt Sushila, könne sie keinen Mann ehelichen, der für sie sorgt. Von ihrer notleidenden Familie sei auch nichts zu erwarten. Zunächst sei sie wie die meisten Yellamma-Dienerinnen betteln gegangen. Dann habe ihr aber ein Mann aus Bombay einen Job angeboten, den Eltern einen Vorschuß gezahlt und sie mitgenommen.

Die meisten Bräute der Yellamma stammen aus bitterarmen Verhältnissen. Zuhälter aus Bombay, die sich als Arbeitsvermittler ausgeben, überreden die Eltern, ihnen die Tochter anzuvertrauen. Aber der versprochene Job in Bombay erweist sich häufig als Falle. Wer nämlich einmal im Bordell angeschafft hat, wird selbst in der eigenen Familie stigmatisiert und verleugnet. Die Chancen, dem Rotlicht-Millieu wieder zu entkommen, sind minimal. Daher versuchen Frauengruppen, den Yellamma-Kult auszutrocknen. Lata Mala beispielsweise tritt in Saundatti mit zahlreichen Helferinnen auf, um die Pilger von ihrem Irrglauben zu befreien: "Wir sind hier, um neuen Weihen zu verhindern. 400 Frauen aus unseren Selbsthilfegruppen haben sich als Detektivinnen unter die Pilger gemischt. Viele von ihnen sind ehemalige Gottesdienerinnen, sie kennen also die Rituale. Beim geringsten Anzeichen, daß eine Weihe heimlich vorbereitet

wird, alarmieren sie uns und die Polizei. Gestern haben wir bereits 13 Fälle auf Verdacht aufgegriffen."

Lata Malas Frauengruppe erhält prominente Unterstützung aus der Hauptstadt. Ein Mitglied der Nationalen Menschenrechts-Kommission, Richter Malimath, stammt aus der Region um Saundatti und hat sich dem Kampf gegen den Yellamma-Kult persönlich verschrieben: "Wir wollen den ganzen Kult stoppen. Diejenigen Familien, die das System aufrechterhalten, sind ja bekannt. Wir setzen Sozialarbeiter, Gesundheitshelfer und Lehrer für eine Art Gehirnwäsche ein, um die Leute zu überzeugen, daß die Weihe nichts Gutes bringt. Parallel dazu laufen drei verschiedene Entwicklungsprogramme, um den Leuten auch wirtschaftlich unter die Arme zu greifen."

Früher sorgten vermögende Verehrer für den Unterhalt der Gottesdienerinnen. Heute werden die mittellosen Jungfrauen Opfer skrupelloser Betrüger. Muß deswegen der ganze Yellamma-Kult, der seit Jahrhunderten von Millionen von Menschen tagtäglich gelebt wird, beseitigt werden? Wieder einmal schreiben Angehörige der höchsten Kasten denen ganz unten vor, was sie zu tun oder zu lassen haben, sogar welche Götter sie verehren sollen. Nur 15 Prozent der Prostituierten in Bombay sind der Yel-

lamma geweiht. Die Ursachen für ihr unwürdiges Schicksal sind weniger in der Tradition, als in der Armut zu suchen. Warum also geht man nicht gegen die Zuhälter und Puffmütter vor, die klar gegen geltendes Recht verstoßen?

Jede einzelne der vielen Subkulturen der indischen Gesellschaft hütet alte Bräuche, die Frauen diskriminieren und ihnen Gewalt antun. Eine Abschaffung per Staatsgewalt käme einer Kulturrevolution gleich. Die indische Frauenbewegung hat schon lange erkannt, daß der beste Schutz nicht in Verboten besteht, sondern in der Stärkung und der Ausbildung der Frauen zu demokratisch handelnden Bürgerinnen. "Empowerment" nennt man das im Soziologen-Deutsch.

Diskriminierung schon in der Familie

Schon in der Familie beginnt die Diskriminierung. Die Geburt eines Sohnes gilt als Gottesgeschenk, die einer Tochter als Belastung. Bei der Verteilung der oft knappen Mahlzeiten, in der Qualität der Ausbildung, im Quantum der täglichen Hausarbeit, stets ziehen Mädchen den kürzeren. Weil Töchter nach ihrer Heirat ins Haus des Ehemannes ziehen, können sie nur eingeschränkt für die Altersversorgung der Eltern aufkommen. Zudem schreibt der Brauch die Zahlung einer Mitgift vor. Im Zeitalter des Mas-

senkonsums nutzen viele Familien dies zur persönlichen Bereicherung. Häufig werden Schwiegertöchter mißhandelt, in Brand gesteckt, ermordet, um noch mehr Geld von ihren Eltern zu erpressen.

Der Schriftsteller Khushwant Singh führt die Auswüchse des Mitgift-Systems auf die wirtschaftliche Situation in seinem Lande zurück. So schlecht sei das doch nicht! So könne beispielsweise ein intelligenter Junge, dem das Geld für eine gute Ausbildung fehle, über eine arrangierte Ehe einen wohlhabenden Schwiegervater gewinnen, der ihm die gewünschte Karriere ermöglicht. Bis sich diese Sitten änderten, werde es wohl sehr lange dauern. Aber Khushwant Singh hält das nicht für ein großes Übel. Davon abgesehen sei Indien wohl das einzige Land der Welt, das Frauen ein Drittel der Parlamentssitze reserviere. Kaum eine andere Nation habe so viele Premierministerinnen und Ministerinnen hervorgebracht. In Indien fände man also die am schlimmsten erniedrigten und die am höchsten verehrten Frauen, solche, die man auf dem Scheiterhaufen ihres toten Ehemannes verbrenne und andere, die man als Göttinnen anbetet. Solche Widersprüche seien jedoch auch in anderen Gesellschaften zu finden, meint Khushwant Singh.

Die meisten Feministinnen würden dem berühmten Autor hier wohl widersprechen. Einige wenige Frauen in einflussreichen Positionen könnten die Lebensumstände der Masse ihrer Geschlechtsgenossinnen kaum beeinflussen, würden sie argumentieren. Die Zahlen sprechen eine deutliche Sprache: Am Kabinettstisch in New Delhi sitzen unter 39 Männern nur vier Frauen. Nur zwei Prozent aller Manager in Wirtschaft und Verwaltung sind weiblich. Allerdings hat die Reservierung von einem Drittel der politischen Mandate bei den Lokalverwaltungen in Stadt und Land mehr als einer Million Frauen zu einem öffentlichen Amt verholfen. Versuche, die Frauenquote auf National- und Landesparlamente zu übertragen, scheiterten bislang an männlicher Dominanz. Trotz aller Fortschritte nehmen gewalttätige Übergriffe auf Frauen zu. Nielam Gorhe, Vorsitzende der Fraueninitiative 'Stree Aadhar Kendra' in der Stadt Pune, bestätigt, daß die Zahl der angezeigten Gewalttaten gegen Frauen von Jahr zu Jahr steigt. "Hier im Unionsstaat Maharashtra beispielsweise um etwa eintausend. Dies liegt einmal am gestiegenen Selbstbewußtsein der Frauen. Sie scheuen sich nämlich nicht mehr so häufig, Angriffe auf ihre Person der Polizei zu melden. Aber auch in anderen Staaten, wo die Frauenbewegung nicht so stark ist, stellen wir einen stetigen Anstieg der gemeldeten Fälle fest. Verantwortlich für diesen Trend ist die sehr rasche Ur-

banisierung und die Industrialisierung. Sie verformen die Familienstrukturen, sodaß viele Frauen heute allein stehen, ohne familiäre Unterstützung."

Die Kriminalstatistik von Maharashtra weist für das Jahr 1997 mehr als 17.000 gewalttätige Übergriffe gegen Frauen auf - Belästigungen, Vergewaltigungen, Mitgiftmorde, Gewalt in der Ehe, Zuhälterei. Maharashtra hat etwa ebenso viele Einwohner wie Deutschland. 1997 erhoben hier 1.243 Frauen Anklage wegen Vergewaltigung, in der Bundesrepublik waren es jedoch 6.636, mehr als fünfmal so viele.

Diese Diskrepanz ist durch die Scheu vieler Opfer in Indien zu erklären, ihre Demütigung öffentlich zu machen. Sie weist darauf hin, daß hier die Dunkelziffer außerordentlich hoch ist. Also müssen die Statistiken interpretiert werden, was in vielen Fällen wohl eine Verdoppelung oder Verdreifachung der offiziellen Zahlenangaben bedeutet. In ganz Indien werden jährlich rund 10.000 Vergewaltigungen angezeigt, jeden Tag also fast 30; außerdem mehr als 500 Mitgiftmorde. Wegen der quälend langsamen Rechtssprechung können viele Täter darauf hoffen, mit einem blauen Auge davonzukommen.

Nielam Gorhe und ihre 20 Mitarbeiterinnen verschaffen den Opfern eine Unterkunft und vermitteln Rechtsbeistand. Zentren wie das 'Stree Aadhar Kendra' sind heute in allen großen Städten präsent. Eine Errungenschaft der indischen Frauenbewegung, die vor 20 Jahren mit Protestmärschen und Straßentheater begann. Frauenbewegung in Indien heute, das heißt auch Naturschutz, Entwicklungsarbeit in Slumgebieten, Aufklärung in den Dörfern, Kampf gegen Alkoholum und Proteste gegen religiöse Fanatiker. Nur wenigen Frauengruppen ist es allerdings gelungen, die Kluft zwischen urbaner Mittelklasse und der Landbevölkerung zu überbrücken. Ihre Erfolge sind unübersehbar. Frauengruppen haben die Regierung zur Verschärfung der Anti-Diskriminierungs-Gesetze und zur Einrichtung neuer Fördermaßnahmen wie der Nationalen Frauenkommission und der Frauenquote in Stadt- und Distriktverwaltungen bewegen können. Die in einigen Landesteilen praktizierte Witwenverbrennung ist so gut wie verschwunden. Andere Bräuche weichen auf, etwa die Absonderung der Frauen in der Öffentlichkeit oder das Verbot der Wiederheirat für Witwen. Siema Dschoschi, leitende Mitarbeiterin im Frauenzentrum 'Stree Aadhar Kendra', stellt einen langsamen Wertewandel fest: "Die Frauenbewegung hat uns selbstbewußter gemacht, wir nehmen stärker am Gesellschaftsleben teil. Wir lernen nun, unsere Bedürfnisse zu artikulieren und Forderungen zu stellen. Wir nehmen nicht

länger nur das hin, was Tradition und Regierung uns zubilligen. Aber wir wollen auch nicht wie die Männer werden. Wir wollen einfach die gleichen Chancen wie die Männer haben, unsere Wünsche zu verwirklichen. Niemand sollte uns drohen dürfen, Du darfst das nicht, Du bist doch eine Frau! Das verstehe ich unter Chancengleichheit."

Kinderarbeit in der Hauptstadt

Saliempur heißt ein staubiger Vorort im Osten der indischen Hauptstadt Delhi, auf der anderen Seite des Yamuna-Flusses gelegen. Wie der Name suggeriert, stellen Moslems hier die Mehrheit der Bevölkerung. Schnörkellose, kastenförmige Backsteinhäuser fassen die schmalen Gassen ein. Orientalische Basar-Atmosphäre, aber ärmlich und schmutzig. Wer hier einen Roller oder ein Motorrad besitzt, darf sich zu den Wohlhabenden rechnen.

Der Sozialarbeiter Bennerdschie führt mich in das Labyrinth der Gassen. Wir stolpern über Müllhaufen, offene Abwasserkanäle, tote Ratten. In den meisten Häusern sind im Paterre kleine Werkstätten eingerichtet - Stickereien und Nähereien, Metall- und Lederwerkstätten. Die meisten stellen Zulieferteile für große Industriebetriebe her, erklärt Bennerdschie. Nicht wenige dieser Klitschen arbeiten sogar für den Export, fügt er mit einem Ausrufezeichen im Gesicht hinzu. Fast überall sehe ich Kinder, sie sitzen an Nähmaschinen, bändigen glühende Eisenteile, schneiden und kleben Lederteile zurecht.

Bennerdschie führt mich zu Alis Eisenschmiede, ein garagengroßes, fensterloses Verließ mit Schmiedefeuer, Wasserkübeln und Stapel von Metallstangen. Im stickigen Dunkel erkenne ich fünf Kinder und Jugendliche, die stabile Fenstergitter für die Häuser der Reichen fabrizieren. Ali, der Boss, ist gerade auf Kundenbesuch, so können wir ungestört mit seinen Arbeitern sprechen. Aber die Jüngsten unter ihnen sind so eingeschüchtert, daß sie kaum einen zusammenhängenden Satz über die Lippen bringen. Mißtrauen, Angst vor Repressionen. Bennerdschie versucht, ihre Scheu zu überwinden.

Scherad ist elf Jahre alt, jüngster von sechs Brüdern. Der Vater schleppt Steine auf einer Baustelle, Scherad ist seit drei Jahren in der Metallwerkstatt beschäftigt. Er arbeitet halbtags von halb zwölf bis sechs Uhr abends. Sein Verdienst: 25 Rupien, etwa eine Mark pro Tag."

Nicht einmal die Hälfte der 200 Millionen indischen Kinder besucht regelmäßig eine Schule. Die anderen helfen ihren Eltern bei der Feldarbeit oder schuften in kleinen Werkstätten, um das Familieneinkommen aufzubessern. Auch

in Teebuden, Restaurants und in zahllosen Einkaufsläden sind häufig Kinder beschäftigt. Auf den Straßen der Großstädte leben hunderttausende von obdachlosen Kindern vom Abfallsammeln, vom Betteln, einige auch von der Prostitution. Die Zahl der Kinderarbeiter unter 14 Jahren wird von der Regierung auf zehn Millionen beziffert, unabhängige Hilfswerke schätzen sie jedoch auf 60 Millionen. Offiziell ist Kinderarbeit in Indien aber verboten.

Artikel 24 der indischen Verfassung achtet die Beschäftigung von Kindern unter 14 in Fabriken und Bergwerken. Ein 1986 verabschiedetes Gesetz verbietet Kinderarbeit in 16 gefahrenreichen Industriezweigen, etwa in der Metallverarbeitung oder der Teppichindustrie. Doch es fehlt am politischen Willen und an geeigneten Möglichkeiten, diese Verbote wirksam zu überwachen. Bis heute ist kein einziger Unternehmer wegen illegaler Beschäftigung von Kindern verurteilt worden. Nicht einmal die Gewerkschaften schenken dem Problem Aufmerksamkeit, denn Kinder unter 15 Jahren sind per Gesetz von der Mitgliedschaft in Arbeitnehmerorganisationen ausgeschlossen.

Die extrem niedrigen Löhne von Kinderarbeitern verschaffen der indischen Industrie im internationalen Wettbewerb natürlich Kostenvorteile. Die Teppichindustrie des Landes beispielsweise konnte allein über niedrigere Preise den traditionellen Lieferländern Iran und Russland wichtige Marktanteile abjagen. Teppichexporte vor allem nach Europa und in die USA. bringen Indien jährlich mehr als eine halbe Milliarde Mark ein, dank hunderttausender Kinderarbeiter, die sich wie Dschagdich Rishi Dewi von morgens bis abends über die Webstühle beugen. Der 13jährige kam erst vor wenigen Wochen aus der Knechtschaft frei. "Viele Kinder arbeiteten in der Teppichmanufaktur. Wir alle hatten Angst vor dem Boss und seinen Aufsehern, daher wagten wir nicht aufzumucken. Der Arbeitstag begann morgens um fünf. Abgesehen von einer kurzen Mittagspause ackerten wir bis abends um neun. Die Arbeit war hart und wir bekamen keinen Pfennig dafür, denn der Arbeitsvermittler hatte sich den Lohn schon auszahlen lassen. Wenn sich einer von uns Kindern beschwerte, wurde er geschlagen und beschimpft. Als ich einmal einen Fehler im Muster geknüpft hatte, schlug mich der Aufseher mit einer eisernen Elle. Er traf mich hier am Hals, die Wunde ist bis heute nicht verheilt", erzählt er.

Dschagdich wuchs in einer Dalit-Familie in Indiens ärmstem Bundesstaat Bihar auf. Seine Eltern besitzen kein Ackerland, sie halten sich und ihre sechs Kinder mit Tagelöhnerarbeit über Was-

ser. Ein Leben ohne Sicherheiten, von der Hand in den Mund. Was konnte Dschagdich also schon verlieren, als er sich vor einigen Jahren auf dem Markt einem Fremden anschloß, der ihm Kinobesuche und gutes Essen versprach? Konnte er ahnen, daß dieser Mann ihn später an einen Sklavenhalter verkaufte, der ihn zwang, den Kaufpreis in der Teppichknüpferei abzarbeiten? Zum Glück wurden Sozialarbeiter vom 'Südasiatischen Zentrum gegen Kinderklaverei' auf sein Schicksal aufmerksam und befreiten Dschagdich mit Hilfe der Polizei aus der Schuldknechtschaft. Die Organisation unterhält auch Schulen und Rehabilitationszentren, damit die befreiten Kinder einen Beruf erlernen können. Kailash Satyarthi (*) hat dieses Hilfswerk aufgebaut. "Kinderarbeit ist ein gesellschaftliches Problem. Unser soziales Gewissen ist in dieser Hinsicht ziemlich blind. Es gibt einfach bei den meisten Leuten kein Bewußtsein dafür, daß Kinderarbeit schädlich ist. Das liegt auch daran, daß die große Mehrheit der Kinderarbeiter den untersten Kasten angehört. Es ist uns kaum ein Fall bekannt geworden, daß Kinder aus höheren Kasten zum Arbeiten gezwungen wurden. Das Kastensystem ist also mitverantwortlich. Ich glaube, das Problem kann durch die Einführung der Schulpflicht und den kostenlosen Zugang zu einer Grundschulbildung für alle gelöst werden. Dies ist eine Maßnahme von vielen, aber vielleicht die wichtigste. Daß dieser Schritt noch nicht getan wurde, liegt daran, daß Schulbildung bei den Regierenden keine Priorität genießt. Der Elite des Landes stehen ohnehin viele Möglichkeiten offen, ihren Kindern eine vernünftige Ausbildung zu verschaffen. Ich glaube fast, daß eine Konspiration zum Erhalt dieser Privilegien die Führung davon abhält, der Mehrheit der Kinder den Weg zu einer sinnvollen Schulbildung zu ebnen."

Den jahrelangen Bemühungen von Satyarthi und seinen Mitarbeitern ist es zu verdanken, daß die Regierung das Problem Kinderarbeit nun ernst nimmt. In Zusammenarbeit mit dem 'Zentrum gegen Kinderklaverei' plant die 'Nationale Menschenrechtskommission' das Verbot der Kinderarbeit im Teppichgebiet nahe der Stadt Varanasi durchzusetzen. Der Richter Malimath, Mitglied der Kommission, erläutert: "Unsere Leute werden von Dorf zu Dorf gehen und jeden einzelnen Webstuhl registrieren. Sie werden auch die Arbeiter erfassen und die Arbeitgeber schriftlich verpflichten, keine Kinder zu beschäftigen. Im Anschluß daran sollen die Dörfer weiter unter Beobachtung bleiben. Wir wollen die gesamte Region säubern, so daß wir später einmal sagen können, es gibt keine Kinderarbeit in der Tep-

pichindustrie. Das ist unser Ziel."

Die indische Teppichindustrie exportiert 90 Prozent ihrer Produkte. Politischer Druck aus dem Ausland und die Drohung vieler Konsumenten, Produkte zu boykottieren, die von Kinderarbeitern hergestellt wurden, trugen dazu bei, daß Kinderarbeit in Indien nun als Problem erkannt wird. Deutschland steht an vorderster Stelle jener Länder, die Indien konstruktive Hilfe und viel Geld dafür anbieten. Bonn steuert Millionenbeträge zum Kinderarbeiter-Programm der Vereinten Nationen unter der Regie der internationalen Arbeitsorganisation ILO bei. Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit beteiligte sich am Aufbau eines Gütesiegels für indische Teppiche, die ohne Kinderarbeit hergestellt wurden. Das Teppichsiegel 'Rugmark' wurde maßgeblich von Kailash Satyarthi konzipiert. "Bei 'Rugmark' handelt es sich um eine unabhängige Stiftung für die Überwachung und die Vergabe von Gütesiegeln und für die Rehabilitation befreiter Kinderarbeiter. 'Rugmark' unterhält Büros in Delhi und Varanasi. Etwa 15 Inspektoren kontrollieren in ihrem Auftrag die Knüpfereien. Für den Antrag auf Vergabe des 'Rugmark'-Siegels muß der Hersteller eidesstattlich erklären, daß er keine Kinder beschäftigt. Er muß weiterhin seine Webstühle registrieren lassen und seinen Umsatz erklären. Mithilfe eines computergestützten Kontrollsystems werden dann die Siegel vergeben. 'Rugmark'-Inspektoren führen auch danach unangekündigte Besuche bei den Mitgliedsunternehmen durch", beschreibt Satyarthi den Kontrollablauf.

Etwa ein Drittel aller aus Indien nach Deutschland exportierten Teppiche tragen bereits das 'Rugmark'-Siegel. Aber selbst wenn es gelänge, alle 400.000 in der Teppichindustrie beschäftigten Kinder zu befreien, so müßten Millionen in anderen Betrieben weiterschulden. Während Satyarthi jede Form von Kinderarbeit ächten will, besteht der Schriftsteller Khushwant Singh auf einer differenzierten Sichtweise. "Es wird heute viel über Kinderarbeit diskutiert. Ich sehe darin keine große Katastrophe. In Indien ist es üblich, daß Kinder durch das Arbeiten mit den Eltern in einen Beruf hineinwachsen. Der Sohn eines Kaufmanns oder eines Zigarettenverkäufers etwa sitzt mit seinem Vater im Laden und verrichtet Handreichungen. Niemand wird das als Kinderarbeit bezeichnen. Leider versäumt er dadurch den Schulbesuch, aber im Laden lernt er auch etwas. Ein ganz anderer Fall ist es dagegen, wenn ein Kind gegen Lohn außerhalb des Hauses arbeitet, von früh bis spät für ein Handgeld. Das ist Kinderarbeit. Und da gibt es Gesetze und Bürgerinitiativen, die gegen solchen Mißbrauch von Kin-

dem vorgehen."

Neun Tage lang hat Hirubehn die Saat gewässert. Der runde Lehmkuchen, aus Flußschlamm geformt, trägt nun zartgrüne Keimlinge. Behutsam hebt die junge Frau das Miniaturbeet in eine Tonschale und präsentiert es der versammelten Dorfgemeinde. Anschließend hebt sie ihren Schatz zum Himmel und ruft Nandru, den Urvater des Dorfes, an. Trommelschläge ertönen, Männer und Frauen singen und tanzen, ziehen los, einen steilen Pfad hinab zum Narmada-Fluß.

Die geographischen Ranzonen des Subkontinents

In Domkhedi, einem entlegenen Weiler 350 Kilometer nordöstlich von Bombay, leben 50 Familien vom Stammesvolk der Bhil. Es ist August, und schwere Monsunwolken streifen die Satpura-Berge. Auf den Feldern reift die Ernte. Wie jedes Jahr um diese Zeit haben sich die Bhil um einen uralten Niembbaum am Dorfrand geschart. Sie bieten ihrem Urvater Nandru Kostproben der Feldfrüchte an und bitten ihn um Erlaubnis, die Ernte einholen zu dürfen. Die junge Saat, die Hirubehn gezogen hat, gilt als Symbol der Fruchtbarkeit und als sichtbares Einverständnis der Gottheit.

Die Prozession erreicht das Ufer des Flusses. Rot, grün und gelb leuchten die Saris der Frauen im Sonnenlicht. Die Männer tragen frisch gewaschene, weiße Turbane und Lendentücher. Mit den Keimlingen in der Hand betet Hirubehn zur Flußgöttin. Sie nennt den Fluß Narmada ihre Mutter, fleht sie an, ihr Dorf nicht im Stich zu lassen. Schließlich setzt sie den Lehmkuchen ins Wasser. Der Kreis der Fruchtbarkeit ist geschlossen. Nandru und Narmada, Vater und Mutter, beide sorgen für die Bhil von Domkhedi. "Mutter Narmada gilt bei uns als die höchste Autorität. Wir bitten sie um Hilfe, wenn alle anderen Möglichkeiten versagen, wenn beispielsweise der Arzt einem Kranken nicht helfen kann. Im Mai, wenn der Wasserstand niedrig ist, erscheinen drüben am anderen Ufer Fußabdrücke im Fels. Sie markieren den Ort, wo die Göttin einst mit einem Verehrer tanzte. Am Vollmondtag im Mai versammeln sich dort hunderttausende von Bhil aus Dörfern nah und fern, um der Narmada zu Ehren ein rauschendes Fest zu feiern."

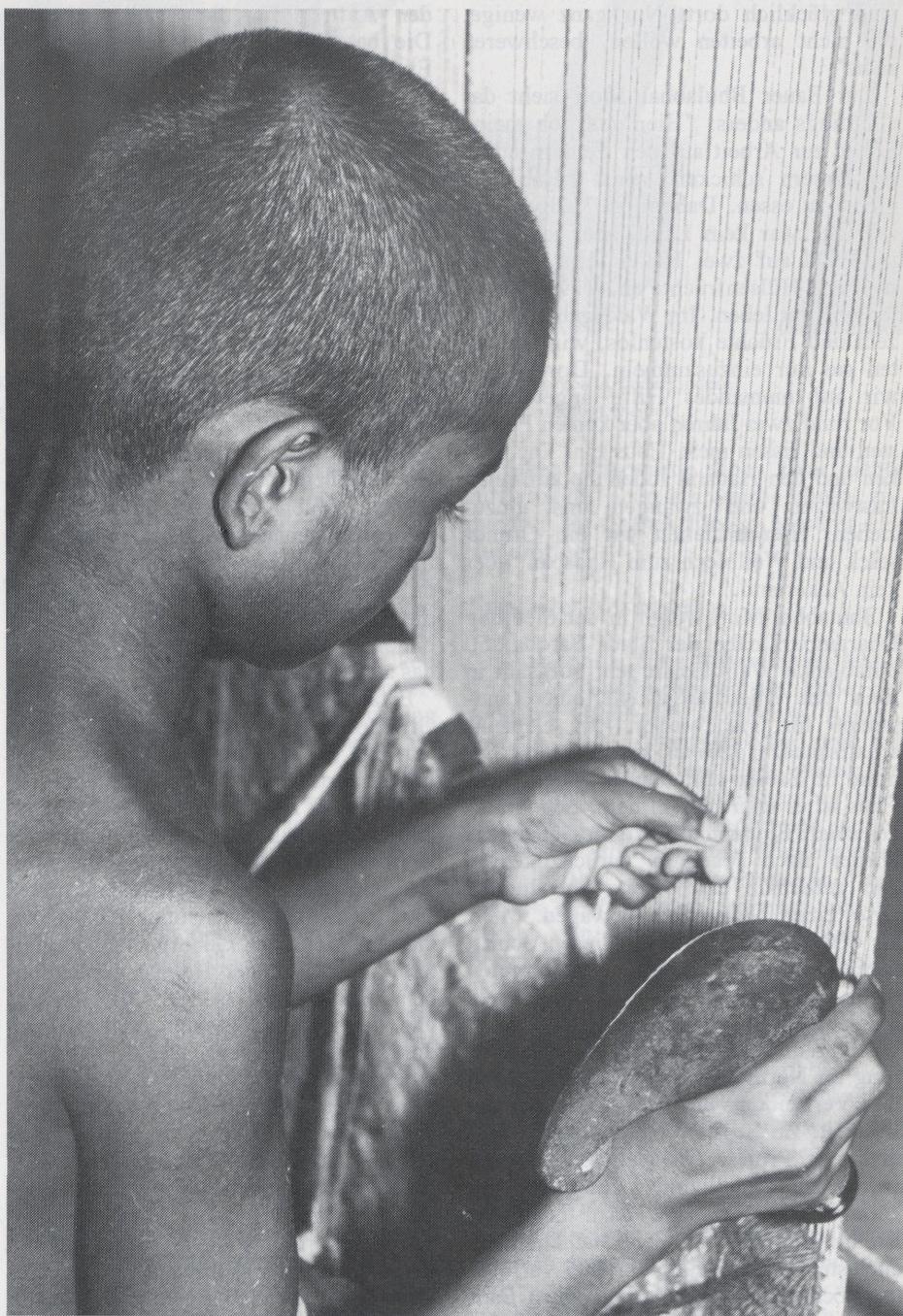
Keschubhai Wassawe ist der einzige Mann weit und breit, der schreiben und lesen kann. Daher bestimmen ihn die Leute von Domkhedi zu ihrem Sprecher. Das Leben in den schroffen, nahezu vollständig entwaldeten Satpura-Bergen ist hart und entbehrensreich. Der steinige Boden bringt höchstens Hirse und Hülsenfrüchte hervor. In den Sommermonaten steigen die Temperaturen auf

weit über vierzig Grad, dann wird jeder Tropfen Wasser zur Kostbarkeit. Schulen, Krankenhäuser, Kinos und Kaufläden sucht man hier vergeblich. Domkhedi liegt in einer jener geographischen Ranzonen des Subkontinents, die von Staat und Gesellschaft kaum wahrgenommen werden. Hier siedeln die Nachfahren der Ureinwohner Indiens, die mit dem Sammelbegriff "Adivasi" bezeichnet werden. Vor vielen hundert Jahren gerieten die Königreiche der Bhil im Westen Indiens unter den Druck mächtiger Armeen aus dem Norden. Damals zog sich das stolze Volk in die unwirtliche Berglandschaft zurück. Die Bhil nahmen lieber Armut und Entbehrung in Kauf, als sich zu unterwerfen. Heute stehen die Bhil vor einer ähnlichen Ent-

scheidung. Geschichte wiederholt sich.

Etwa fünfzig Kilometer flußabwärts von Domkhedi bebzt die Erde, werden buchstäblich Berge versetzt. Hier entsteht eines der mächtigsten Bauwerke des Landes, der Sardar Sarovar-Staudamm. Mehr als einen Kilometer weit krümmt sich die Betonmauer von Ufer zu Ufer. Mit 160 Metern soll sie einmal die Höhe des Kölner Doms erreichen. Politiker und Bürokraten wollen so Wasser für Industrie und Landwirtschaft sowie Elektrizität gewinnen. In großformatigen Zeitungsanzeigen wird das Projekt als die Lebensader für den Unionsstaat Gujarat gepriesen.

Der Sardar Sarovar-Damm ist nur der Anfang. Für die kommenden 50 Jahre sind 30 weitere Großdämme geplant, der



Millionen von Kindern müssen arbeiten

Fluß Narmada soll in eine Kette von Seen verwandelt werden. Städte und Industrien würden weiter wachsen können, doch die Landbevölkerung muß die Zechen zahlen. Die Stauseen würden die Felder und Häuser von fast einer halben Million Menschen überfluten, in der Mehrheit Angehörige verschiedener Adivasi-Völker. Die Regierung verspricht, ihnen zu helfen, ein neues Zuhause zu finden. Der Beamte M.S. Raval leitet die Umsiedlungsmaßnahmen in Gujarat. "Bis heute haben wir etwa 8.000 Familien aus dem Narmadatal in Gujarat angesiedelt und jeweils mit zwei Hektar Land, einem neuen Haus, Vieh und Hausrat ausgestattet. Wir garantieren allen Siedlern Schulbildung und Gesundheitsversorgung. Ich kenne diese Siedlungen, und glauben sie mir, die Leute sind glücklich dort. Nur ganz wenige, die nicht arbeiten wollen, beschwerten sich."

Der Bauer Bhulabhai Moti sieht das allerdings anders: "Hier muß ich meine Söhne zur Arbeit auf den Feldern anderer Bauern schicken, sonst hätten wir nichts zu essen. Daheim in Vadgam besaß ich zwar kein Land, aber ich baute im Wald auf zwei Hektar Hirse, Ölsamen und Hülsenfrüchte an. Davon konnten wir gut leben. Im Wald gab es Wurzeln und Früchte kostenlos, wir brauchten sie nur einzusammeln. Dort waren wir auf niemandes Hilfe angewiesen. Vor rund zwei Jahren aber kamen Polizisten und rissen mein Haus ein. Die Balken und den Hausrat luden sie auf einen Lastwagen und zwangen uns umzuziehen. Hier erhielten wir ein Grundstück und Wellblech zum Hausbau, aber kein Ackerland."

Bhulabhai Moti wohnt in der Siedlung Dharampuri nahe der Stadt Baroda: 50 blitzblanke Wellblechhütten, sorgsam in Reih' und Glied aufgestellt, eine Handpumpe für Trinkwasser, ein Gemeinschaftshaus. Tagsüber hält sich die Familie im Freien auf, denn in dem neuen Haus ist es unerträglich heiß. Schon länger spielt Bhulabhai mit dem Gedanken, wieder nach Vadgam zurückzukehren und außerhalb des bereits überfluteten Ortes einen Neuanfang zu wagen. Mehr als 600 Umsiedler haben diesen Schritt bereits vollzogen. Viele andere kämpfen dafür, daß sie erst gar nicht umziehen müssen.

Seit zehn Jahren leistet die Bevölkerung im Narmada-Tal Widerstand gegen ihre Vertreibung und die Zerstörung der Umwelt. Zu Beginn der neunziger Jahre fand der Protest ein weltweites Echo. Umweltschützer und Bürgerrechtler konnten die Weltbank dazu bewegen, Kreditleistungen für den Staudamm einzustellen. Im Frühjahr 1995 verfügte das höchste indische Gericht einen Baustopp am Hauptdamm, der solange gilt,

bis die Regierung eine ordnungsgemäße Umsiedlung aller Betroffenen nachweisen kann. Bürgerproteste verhinderten außerdem die Aufnahme der Bauarbeiten für zwei weitere Großdämme an Nebenflüssen der Narmada. Gegenwärtig handelt die Regierung des Unionsstaates Madhya Pradesh mit Experten und Vertretern der Protestbewegung über alternative Möglichkeiten zur Nutzung des heiligen Flusses.

Im Frühjahr 1998 wurde bekannt, daß sich deutsche Firmen am Bau einer weiteren Staustufe nahe der historischen Stadt Maheshwar beteiligen, durch die 12.000 Menschen ihre Heimat verlören. Die Bayerische Vereinsbank stellte einen Millionenkredit bereit, Siemens Deutschland wird Generatoren und Leitetchnik liefern, die Firma ABB erhielt den Auftrag für die Stahlbauarbeiten. Die beteiligten Firmen haben Hermes-Exportbüros beantragt, die von der Bundesregierung bereits vorläufig genehmigt wurden. Das halten deutsche Umweltschützer und Bürgerrechtler für einen Skandal. Ein Bündnis von über 50 Nichtregierungsorganisationen verlangt die Rücknahme der Bürgschaften für das Maheshwar-Projekt und mehr Transparenz im Bewilligungsverfahren. Ihre Sprecherin, Heffa Schücking von der Umweltinitiative 'Urgewald' begründet die Aktion: "Weil deutsches Geld bei diesem Projekt eine herausragende Rolle spielt, und weil wir glauben, daß ein Damm in dieser Art bei uns nicht gebaut werden dürfte, und wir diesen doppelten Standard ablehnen, daß solche Geschäfte in Indien gemacht werden können, die man hier nicht dulden würde. Hier würde man nicht einfach 12.000 Leute auf die Straße setzen, ohne Entschädigung, ohne sie zu rehabilitieren. In Indien soll das auch nicht passieren."

Erfahrungen mit hunderten anderer Großprojekte in Indien lassen befürchten, daß die Mehrheit der Umsiedler ins Elend abrutschen wird. Besonders betroffen sind Adivasi, deren Wirtschafts- und Lebensweise eng mit der Natur ihrer Heimat verknüpft ist. Durch die Umsiedlung werden die Dorfgemeinschaften auseinander gerissen. Götter und Ahnen, die den Menschen Geborgenheit vermitteln, müssen in der Heimat zurückbleiben. Entwurzelt, isoliert, der Heimat und der Religion beraubt, müssen sich die Vertriebenen dem Heer der Wanderarbeiter und Tagelöhner anschließen. Der Schriftsteller Khushwant Singh meint jedoch, Indien könne auf den Bau großer Staudämme nicht verzichten. "Die Adivasi sind sicherlich schlecht behandelt worden. Unsere Vorfahren trieben sie in die Wälder, damit sie die fruchtbaren Täler selbst nutzen konnten. Wenn wir uns aber die Problematik großer Entwicklungsprojekte wie Stau-

dämme ansehen, die große Flächen Adivasi-Land vernichten, so muß man, glaube ich, die Vor- und Nachteile sorgfältig gegeneinander abwägen. Soviel ich weiß, werden Versuche unternommen, die Betroffenen umzusiedeln. Daher möchte ich kein Pauschalurteil für oder gegen beispielsweise die Staudämme am Narmada-Fluß fällen. Wir haben bereits Milliarden von Rupien investiert, also können wir diese Dämme nicht einfach zerstören, wir müssen sie nutzen. Ich kann die Protestbewegung nicht aus vollem Herzen unterstützen."

Der Leidensweg der indischen Ureinwohner begann mit der Einwanderung arischer Hirtenvölker aus Zentralasien vor etwa 3.500 Jahren. Diese eroberten die fruchtbaren Flußtäler und unterwarfen oder vertrieben die Einheimischen. Viele Ureinwohner flohen in unzugängliche Bergregionen, um ihre Freiheit und ihre Kulturtradition zu bewahren. Doch mit fortschreitender Industrialisierung greifen staatliche und private Unternehmen heute auch nach den Ressourcen der Bergwälder: Holz, Bodenschätze, Wasser, Land. Oft des Lesens und Schreibens unkundig, im Umgang mit Fremden unbeholfen und traditionell bescheiden, haben die Adivasi dem konzertierten Angriff der Industriegesellschaft wenig entgegenzusetzen. Die mehr als 70 Millionen Nachfahren der Ureinwohner sind eine diskriminierte und entrechtete Minderheit, meint der Jesuitenpater Walter Fernandes, der seit vielen Jahren am Indischen Sozialinstitut in Delhi ihre Situation erforscht. "Adivasi sind die Leidtragenden des Fortschritts, sozial und ökonomisch. Man raubt ihnen ihr Land, vertreibt sie, stürzt sie in Armut. Die Diskriminierung ist nicht unbedingt beabsichtigt, aber sie ist real. Die verheerendste Verletzung der Rechte von Adivasi besteht in der Vertreibung von ihrem Land. Vertreibung und Waldzerstörung beraubt sie ihrer Lebensgrundlagen, zwingt sie ins Elend. Sie sind dann gezwungen, mit Aushilfsarbeiten, als Tagelöhner zu überleben und sie werden leicht Opfer von Ausbeutern. In Delhi zum Beispiel arbeiten etwa 40.000 junge Adivasi-Frauen als Putzfrauen in den Häusern der Reichen. Viele werden sexuell mißbraucht. Aber sie haben keine Stimme, können sich nicht wehren. Die meisten Frauenorganisationen ignorieren das Problem, denn die Mittelklasse profitiert von dieser Ausbeutung."

Walter Fernandes weist auch darauf hin, daß Zentral- und Landesparlamente eine Reihe von Gesetzen zur Förderung und zum Schutz von Adivasi-Völkern verabschiedet haben. Eine Quote von Mandaten in allen Parlamenten sei für Adivasi-Politiker reserviert, ebenso ein Teil der öffentlichen Ausbildungs- und



Seit Jahren bemüht sich Kailash Satyarthi (rechts) in seinem Ashram um die Rehabilitation von Arbeiterkindern. Auf dem Foto zeigen Kinder ihre Verletzungen, die ihnen von ihren Ausbeutern zugefügt wurden.

Arbeitsplätze. In nahezu allen Unionsstaaten sei der Kauf und Verkauf von Adivasi-Land untersagt. Aber die aus britischer Kolonialzeit stammenden Forstgesetze schrieben ein staatliches Monopol in der Nutzung der Wälder fest und stempelten die Waldbewohner zu Schädlingen. Kollektives Landeigentum und traditionelle Nutzungsrechte an Naturressourcen, zwei wichtige Pfeiler der Selbstversorgung von Adivasi-Gemeinden, seien vom Gesetz nicht anerkannt. Die Waldbewohner betrachteten daher Forstbeamte als ihre Feinde. Ausländischen Kritikern der indischen Forstpolitik rät Walter Fernandes jedoch zur Vorsicht. "Im Zuge der Liberalisierung und der Globalisierung werden die Ressourcen der Adivasi-Gebiete nicht nur von indischen Firmen beansprucht. Sie werden auch in alle Welt exportiert. In den Industrieländern gibt es viele Bürgergruppen, die sich über die Waldzerstörung in Indien beschweren, ohne jedoch zu erwähnen, daß ein guter Teil des Raubbaus auf das Konto ausländischer Firmen geht. Mithin profitieren auch viele Ausländer von der Entrechtung der Adivasi."

Haben die Adivasi, deren Bevölkerung immerhin fast so zahlreich wie die der Deutschen ist, eine Zukunft? Sicher kann der Gesetzgeber noch viel tun, um

ihre Ausbeutung zu lindern. Aber Verbote und Bestimmungen allein können das Schicksal nicht wenden, denn sie werden immer wieder unterlaufen und verletzt. Adivasi-Gruppen fordern daher mehr Selbstbestimmung. Ein neues Gesetz, das eine ganze Reihe von Befugnissen der Regierung in die Zuständigkeit der Dorfräte überträgt, stellt einen ermutigenden Schritt in diese Richtung dar. Es ermächtigt die Dorfbewohner und ihre gewählten Vertreter zur Kontrolle der Naturressourcen in der Umgebung, zum Betreiben eigener Schulen und Gesundheitsstationen und es wird langfristig dazu beitragen, daß sich unter Adivasi eine qualifizierte und talentierte Führungsschicht bilden kann. Vielleicht kommt die indische Gesellschaft auf diese Weise dem Idealbild näher, das der Schriftsteller Khushwant Singh vom Zusammenleben mit den Adivasi entwirft. "Ich bin nicht dafür, allen Menschen eine Einheitskultur aufzudrücken. Es muß den Adivasi selbst überlassen bleiben, ob sie Lententücher oder Hosen tragen wollen. Wenn es sie glücklich macht, ihr Leben mit Tanzen und Saufen zu verbringen, sollen sie doch. Aber ich nehme an, daß zumindest einige von ihnen sich nach vernünftiger Schulbildung und einem sicheren Arbeitsplatz sehnen, anstatt mit Pfeil und Bogen auf die Jagd

zu gehen. Ich würde ihnen zwar nichts aufzwingen, aber ich würde ihnen zumindest die Chance für ein besseres Leben eröffnen."

Unruhiger Nordosten

Tshakrashila. Eine Ansammlung lehmverputzter Bambushäuser am Fuße bewaldeter Hügel im westlichen Assam. Auf den Feldern steht leuchtend grün der junge Reis, Büffel und Kühe grasen am nahen Fluß. Auf jedem Bauernhof steht ein Webstuhl, denn die Frauen stellen die bunten Stoffe für ihre Wickelgewänder selbst her. Die Bewohner von Tshakrashila gehören zum Stammesvolk der Bodos, den Ureinwohnern im Tal des Brahmaputra-Flusses. In der Antike herrschten Bodo-Könige über ganz Assam, aber heute müssen die Bodos das Land mit vielen anderen Völkern teilen. Der Bauer Darandra Mosahari beobachtet argwöhnisch die Siedlungen bengalischer Flüchtlinge, die in Sichtweite aus dem Boden wachsen: "Wir leben hier seit tausenden von Jahren, aber ich fürchte, wir werden bald nur noch eine Minderheit sein. Seit zwanzig Jahren kommen Leute aus Bangladesh hierher, und es werden immer mehr. Sie haben unser Weideland besetzt und den Wald abgeholzt, der einst unser Dorf umgab.

Viele Bodos mußten bereits ihre Dörfer verlassen, nachdem sie ihr Land verloren hatten. Wie lange werden wir wohl noch ausharren können?"

Darandra Mosahari hat nichts dagegen, daß militante Bodos gegen die Fremden vorgehen. Seit Jahren überfallen Bodo-Guerillas Dörfer, brennen Häuser nieder, massakrieren Männer, Frauen und Kinder, um ihr Bodoland von unerwünschten Fremden zu befreien. Mit Bombenanschlägen und Überfällen auf Polizeistationen verleihen sie ihrer Forderung nach einem eigenen Unionsstaat Nachdruck, der die nördliche Hälfte von Assam umfassen soll.

Mehr als zwanzig Guerillagruppen operieren in Assam und den sechs Schwesterstaaten, die zusammen den indischen Nordosten ausmachen. Der dichte Dschungel und die nahen Grenzen zu Burma, Bhutan und Bangladesh begünstigen ihren Kampf. Delhi setzt mehr als 200.000 Soldaten und Paramilitärs gegen die etwa zehntausend Untergrundkämpfer ein. Menschenrechtsgruppen berichten von willkürlichen Verhaftungen, von Folter und Vergewaltigung durch die Soldaten.

Der indische Nordosten, ein Gebiet etwa so groß wie die alte Bundesrepublik, ist nur durch einen schmalen Korridor um Bangladesh mit dem Mutterland verbunden. Fruchtbare Böden, reichlich Wasser und ausgedehnte Wälder locken seit zweitausend Jahren Siedler aus Nordindien und Südchina, in jüngster Zeit auch Millionen von Menschen aus Bangladesh an die Ufer des Brahmaputra. Im vergangenen Jahrhundert eroberten die Briten die Region und schufen hier das bedeutendste Teeanbauggebiet der Welt. Die etwa zweihundert Bergvölker, besonders die stolzen Naga, leisteten den Kolonialisten anhaltend Widerstand.

Heute betrachten viele die Regierung im fernen Delhi als neue Kolonialmacht. Obwohl der Nordosten ganz Indien mit Holz, Erdöl und Teeblättern versorge, werde er bei großen Investitionen meistens übergangen, heißt es. Geographisch isoliert, vom schwelenden Bürgerkrieg erschüttert und von der Politik vernachlässigt hinkt die Region der wirtschaftlichen Entwicklung hinterher. Unter Jugendlichen ist die Arbeitslosigkeit besonders hoch. Viele suchen im Guerillakampf eine Perspektive.

Die Geschichte der Region ist durch Einwanderungen und Eroberungen geprägt. Sicherlich ging es dabei nicht immer friedlich zu, aber bislang garantierten die natürlichen Reichtümer jedem ein Auskommen. Der Zustrom von Millionen von Kriegs- und Elendsflüchtlingen aus Bengalen innerhalb von nur drei Jahrzehnten überfordert jedoch die Kräfte der Natur und auch die Toleranz der

17 Millionen Einheimischen. Deren Nerven liegen blank, und sie machen Delhi dafür verantwortlich, daß Jahr für Jahr weitere Hunderttausende die Grenze überqueren. Wie ein Flächenbrand breiten sich ethnische Konflikte über den ganzen Nordosten aus. Mit dem Kampf für Selbstbestimmung, für die Bewahrung der kulturellen Identität werden ethnische Säuberungen und Terrorakte gegen öffentliche Einrichtungen gerechtfertigt, und dabei geht es natürlich auch um die Kontrolle über Land, Wasser, Wald.

"Ich sah den Mob kommen, mit Gewehren, Buschmessern und Stöcken waren sie bewaffnet," berichtet der 45jährige bengalische Bauer Abdul Haque. "Haut ab", hätten sie gerufen, "wir wissen, daß ihr Illegale aus Bengalen seid, jetzt geht gefälligst wieder zurück! Die nackte Angst erfaßte die Menschen, auf der Suche nach Schutz strömten sie in Basantali zusammen. Doch der Mob umstellte uns und jemand warf eine Bombe mitten in die Menge. Gewehrkugeln flogen durch die Luft. Alle stürzten in Panik durcheinander, suchten einen Ausweg. Ich wollte meine Eltern in Sicherheit bringen. Wir flohen auf einen Buschwald zu, als eine Kugel mein Knie traf und ich in den Schlamm stürzte. Es gelang uns trotzdem, die Büsche zu erreichen. Aber die Angreifer holten uns ein und stachen mit Lanzen in die Büsche. Meine Mutter wurde getroffen und war sofort tot. Als ich am nächsten Morgen nachhause zurückkehrte, fand ich unser Haus abgebrannt und geplündert vor. Vater lag tot am Boden. Ich stand vor dem Nichts, war vollkommen ratlos, was ich nun tun sollte."

Mit steinerner Miene erinnert sich der Bauer an ein Ereignis vor 15 Jahren, das als das größte Massaker nach der Kolonialzeit in die indische Geschichte einging. Bei einem Angriff von Lalung-Adivasi und Assami-Hindus auf Siedlungen muslimischer Einwanderer nahe der Kleinstadt Nellie kamen im Februar 1983 mehr als eintausend Frauen, Männer und Kinder ums Leben. Das Massaker hat keinen Massenexodus nach Bangladesh ausgelöst, wie wahrscheinlich von den Akteuren beabsichtigt. Wohin sollten die Menschen auch fliehen? Selbst Abdul Haque und andere Überlebende sind geblieben. Kein Denkmal, nicht einmal ein Grabstein erinnert heute in Nellie an die grauenhafte Vergangenheit. Über den Massengräbern wächst der Reis. Nicht einer der Angreifer ist vor Gericht gestellt worden.

In Assam und vielen anderen Staaten des Nordostens herrscht ein Klima willkürlicher Gewalt. Jeden Tag berichtet die lokale Presse über tödliche Guerillaangriffe und Feuergefechte mit Sicherheitskräften. Bewaffnete Soldaten

patrouillieren in den Städten und entlang wichtiger Überlandstraßen. Die Durchsuchungen von Reisebussen und Privathäusern sind fast schon zur Routine geworden, käme es dabei nicht immer wieder zu Übergriffen gestreifter Ordnungshüter. Minister und hohe Polizeioffiziere bewegen sich in Kolonnen von bis zu zehn Fahrzeugen durch die Hauptstadt Guwahati. Lange vor ihrer Ankunft werden öffentliche Plätze und Straßenzüge von Polizisten abgesperrt. Die permanente Alarmbereitschaft, nicht nur bei den Sicherheitskräften, sondern auch in der Bevölkerung, führt zu Mißtrauen und Angst. Jede Provokation zieht unweigerlich neue Gewalt nach sich.

Soldaten und Paramilitärs nehmen willkürlich Verdächtige fest, mißhandeln und vergewaltigen Frauen, wenden bei Verhören Folter an. Andererseits, wen die Guerilla als Polizeispitzel verdächtigt, der wird ohne Federlesen hingerichtet. Die Untergrundkämpfer entführen und erpressen Geschäftsleute, um ihren Kampf zu finanzieren. Ernstzunehmende Beobachter nennen allein für Assam 15.000 Todesopfer in den vergangenen 20 Jahren. Zur Zeit unterhält die Regierung 74 Flüchtlingslager mit rund einer viertel Million Insassen. Ein Ende der Gewalt ist nicht abzusehen. Zu den Betroffenen gehört Sukanya Phukan, eine junge Regierungsangestellte in Guwahati. "Es geschah im Dezember des vergangenen Jahres. Nachts um eins klopfte es an der Tür. Soldaten. Mutter und ich wurden aus dem Haus gezerrt. Wir hörten, wie die Militärs drinnen meinen Vater befragten und ihn schlugen. Nach einer halben Stunde nahmen sie ihn mit, wohin wissen wir nicht. Unser Haus war weiterhin von Soldaten besetzt, einige waren sogar maskiert. Meinen Bruder und meinen Cousin holten sie später auch ab. Am nächsten Tag, mittags um elf, erfuhren wir, daß Vater tot war. Man hatte ihn brutal gefoltert und seine Leiche dann auf die Polizeiwache gebracht. In seinem Gesicht klaffte eine riesige Wunde, in der rechten Schläfe steckte eine Kugel. Das muß während der Gefangenschaft bei der Armee geschehen sein."

Mrinal Kumar Baruah, höchster Beamter im Innenministerium von Assam, sieht das anders: "Die Regierung von Assam hat adäquate Maßnahmen zum Schutz der Bürger bei Anti-Guerilla-Einsätzen getroffen. Wir haben die Distriktverwaltungen auf das Problem aufmerksam gemacht. Wenn die Armee eine Durchsuchung vornimmt, hat ein Magistat und ein Polizeioffizier anwesend zu sein, der der lokalen Sprache mächtig ist. Es mag zwei, drei Fälle von Belästigung gegeben haben, aber die sind sofort untersucht worden. Die Armee und die

Polizei führen in solchen Fällen eigene Untersuchungen durch. Wenn nachgewiesen wird, daß jemand Leute belästigt, wird er zur Verantwortung gezogen."

Wer mit Baruah sprechen will, muß gründliche Sicherheitskontrollen über sich ergehen lassen. Zuweilen grenzt der Personenschutz für Politiker und leitende Funktionäre ans Absurde. Als ich von einem Ausflug aus Nellie nach Guwahati ins Hotel zurückkehrte, war das Gebäude von schwerbewaffneten Polizisten in de von Kampfuniform umstellt. Am Eingang Metalldetektoren. In der Lobby, im Speisesaal, in den Treppenaufgängen, überall Uniformierte. Vor meinem Zimmer patrouillierten zahlreiche Ordnungshüter im Flur auf und ab, eine Hand immer an der Maschinenpistole. Wessen Ordnung sie hier wohl hüteten? Keiner von ihnen sprach mich an. Ich versuchte möglichst unauffällig in mein Zimmer zu gelangen. Nach einem unruhigen Schlaf erfuhr ich am nächsten Morgen den Grund für die Belagerung. Im Zimmer neben mir war der Polizeigeneral Gill abgestiegen, Indiens berühmt-berüchtigter Terroristenjäger. Er hatte seine Laufbahn in Assam begonnen. Mit der Ausrottung der Untergrundkämpfer im Punjab errang er den Status eines Nationalhelden. Nach einer Sexaffäre wurde er pensioniert, nun dient er der Regierung von Assam als Sicherheitsberater. Menschenrechtsanwälte werfen ihm vor,

seine Erfolge mit illegalen Methoden erkaufte zu haben. Ich bat ihn um eine Stellungnahme. "Das sind doch alles Propagandalügen, diese Vorwürfe wegen Menschenrechtsverletzungen. Gegenfrage: Haben denn nur die Aufständischen Menschenrechte? Was ist mit jenen, die von Rebellen getötet, terrorisiert, gekidnappt, erpresst werden, haben die etwa keine Menschenrechte? Da wird also eine Menge Propaganda gemacht. Je erfolgreicher die Sicherheitskräfte operieren, desto schriller werden die Beschwerden über Menschenrechtsverletzungen."

Menschenrechtsgruppen machen Ausnahmegesetze wie den 'Armed Forces Special Powers Act' für die Willkür der Militärs verantwortlich. Das Gesetz hebele die demokratischen Grundrechte aus, behaupten sie, denn es garantiert den Sicherheitskräften Immunität vor Strafverfolgung, macht sie also zur obersten, niemandem Rechenschaft schuldigen Autorität. Nicht einmal die 'Nationale Menschenrechtskommission' darf Vorwürfe gegen die Armee untersuchen. Die Zentralregierung kann dieses Gesetz in jeder Region des Landes in Kraft setzen, wenn dort Aufständische aktiv sind. Gegenwärtig gilt es in den Nordoststaaten Assam, Nagaland und Manipur.

Kann man die Demokratie retten, indem man sie vorübergehend aussetzt? Fragen an einen Betroffenen, den

Schriftsteller Khushwant Singh. Er stammt aus dem Punjab und gehört der Religionsgemeinschaft der Sikhs an, die auch nach mehr Selbstbestimmung ruft. Weil der einflußreiche Punjabi Khushwant Singh Aktionen dortiger Untergrundkämpfer öffentlich verurteilte, erschien er auf deren Todeslisten und mußte 15 Jahre lang vom Personenschutz der Polizei bewacht werden. Eine ziemliche Qual, wie er durchblicken läßt. Vielleicht plädiert der aufgeklärte Demokrat, der nach eigenen Angaben regelmäßig mit 'amnesty international' zusammenarbeitet, deshalb für drakonische Maßnahmen? "Im Fall der Aufstandsbekämpfung bin ich nicht ganz sicher. Die Terroristen halten sich an kein Gesetz, aber die Polizei soll sich danach richten. Wie sollen sie dann Terrorismus bekämpfen? Im Punjab beispielsweise war selbst die Justiz unter den Einfluß der Rebellen geraten. Einige Richter waren so eingeschüchert, daß sie sich scheuten, überführte Mörder ins Gefängnis zu stecken. Also nahm die Polizei das Recht in die eigenen Hände. Wenn sie sicher war, einen bekannten Killer geschnappt zu haben, banden sie ihn an einen Baum und erschossen ihn. Man fabrizierte eine falsche Aussage und behauptete, der Mann sei bei einem Feuergefecht umgekommen. In einem solchen Fall, wenn die Rechtsprechung zusammenbricht, kann ich keine endgültige Meinung formulieren. Man muß die Terroristen mit den eigenen Mitteln bekämpfen. Das führt, zugegeben, zum Recht des Stärkeren. Aber ich habe mich auch öffentlich gegen Exzesse gewandt. Vor zwei Jahren wurde bekannt, daß unter der Regie des Terroristenjägers Gill hunderte von Leichen ohne Obduktion oder Identifizierung der Personen eingäschert wurden. Als einige Aktivisten mir davon berichteten, schenkte ich ihnen zunächst keinen Glauben, es klang so ungeheuerlich. Ich fragte nach Beweisen. Schließlich fand ich heraus, daß an den Berichten etwas Wahres dran war. Dann schrieb ich auch darüber und forderte Rechenschaft von den Verantwortlichen. Zum Glück haben wir eine freie Presse in diesem Land, daher kann man Tendenzen zur Besserung ausmachen. Letztlich ist die Ursache aller Aufstände jedoch, daß wir viel zu viele sind, und es zuwenig zum Verteilen gibt. Die Bevölkerung wächst ständig, aber das Land kann nicht mehr werden. Also wird das Problem weiter bestehen und neue Aufstände provozieren. Falls die Bevölkerung nicht durch Krieg oder Epidemien halbiert wird, müssen wir weiter mit der Gewalt leben, unser ganzes Leben lang."

(*) Anm. der Red.: Kailash Satyarthi wird im Mai den Menschenrechtspreis der 'Friedrich Ebert Stiftung' verliehen bekommen.

Veranstaltungen im April / Mai

9.-11. April: Tempel - Seide - Curry, Indiens kulturelle Vielfalt in den Stürmen der Globalisierung, Gemeinschaftstagung der Deutschen Kalkutta Gruppe, des Südasienbüros und der Evangelischen Akademie Iserlohn, Ort: Ev. Akademie Iserlohn, Berliner Platz 12, 58638 Iserlohn-Nußberg, Tel: 02371-3520, Fax: 02371-352299;

19.-23. April: Innen- und außenpolitische Konflikte in Indien und Pakistan, Referenten des Südasienbüros, Ort: Arbeitnehmer-Zentrum Königswinter, Johannes-Albers-Allee 3, 53639 Königswinter, Tel: 02223-73-0, FAX: 02223-73111, eMail: StiftungCSP@t-online.de;

7.-9. Mai: Lernfeld Asienkrise, Ort: Diakonische Akademie Deutschland, Berlin-Pankow, Goethestr. 26-30, 10625 Berlin, Tel. 030-3191271;

7.-8. Mai: Sri Lanka. Überleben auf dem Pulverfaß, Ort: Ökumenische Werkstatt der Vereinten Evangelischen Mission, Missionsstr. 9, 42285 Wuppertal;

14.-16. Mai: Südasientagung des Südasienbüros zu aktuellen Themen aus Indien, Pakistan, Sri Lanka und Bangladesh:

- Islam in Südasien, Diapräsentation

- Sri Lanka: Menschenrechte, Flüchtlinge und Flüchtlingsschutz

- Indien/Pakistan: Nach dem Gipfel von Lahore - Neue Hoffnung auf eine Entspannung?

Ort: Arbeitnehmer-Zentrum Königswinter (s.o). Infos: Südasienbüro.